

■ ≈ 50,000 documents

6. Februar 1923	— 39 —	Motion Brügger
Übereinstimmung mit dem französischen Text. Der Nationalrat hat wissenschaftlich über Störung auf Verstoß der Redaktionskommission bereits befragt. Ich beantrage Ihnen, dies auch zu tun und empfehle, die Vorlage dem in der Schlussabstimmung gutzuheissen.		Eine ähnliche Motion Maillefer vom 8. Dezember 1922 im Nationalrat lautet: « Der Bundesrat wird eingeladen, dem eidgenössischen Räten insert kürzester Frist Bericht und Antrag über die Revision des Art. 123 der Bundesverfassung einzubringen zwecks Ausschaltung missverständlicher Auslegung des Initiativrechtes »
Angenommen: — Adopté.		I. Zweck beider Motionen scheint der gleiche zu sein: Verhinderung von Missbrauch, nur das, ohne Minderung und ohne Beechränkung des Initiativrechtes selber. Jedenfalls ist mir das die Meinung und Absicht der Motionäre im Ständerat.
Schlussabstimmung. — Votation finale. Für Annahme des Gesetzesentwerfes 28 Stimmen (Einstimmigkeit)		Ein Versuch, das Initiativrecht selber zu beschränken oder gar abzuschaffen, wäre innerlich und an sich ein Unrecht an unserem urteilbefähigen selbstbestimmungsfähigen Volke. Es wäre auch ein törichter Versuch, weil er mit elementarer Wut vom Volke zurückgewiesen würde.
An den Nationalrat. (Au Conseil national.)		Das Initiativrecht ist schon inneweg Wissen nach das primäre Recht des Volkes, die Gesetzgebung direkt in eigene Hand zu nehmen, unter ganzer oder teilweiser Ausschaltung der sonst für die gesetzgeberische Tätigkeit eingesetzten Behörden.
Nachmittagsitzung vom 6. Februar 1923. Séance de relevée du 6 février 1923.		In der Republik liegt das Gesetzgebungsrecht primär beim Volke selbst. Dasselbe Recht aber dieses Recht durch von ihm bestellte besondere Behörden ausüben, unter bestimmten Voraussetzungen und Vorschriften. Das Gesetzgebungsrecht der Behörden ist also ein vom Volkamt abgeleitetes, ein delegiertes, und die Volksinitiative ist dem im Einzelnen eine Aufhebung dieser Gesetzgebungsdelegation und die direkte Gesetzgebung durch das Volk selber.
Vorstand: — Présidence: Hr. Suter, Vizepräsident.		So aufgedrückt ist das Initiativrecht also nichts anderes als der Vorbehalt des ursprünglichen primären direkten Gesetzgebungsrechtes des Volkes selber, sei es bloss für das Gebiet des eigentlichen Verfassungsrechtes, sei es für das gesamte Rechtsgebiet überhaupt.
1685. Motion Brügger. Hr. Brügger.		II. Das Initiativrecht ist daher in der Bundesverfassung und in den Verfassungen fast aller Kantone, nur deren sechs noch ausgenommen.
Motion Brügger vom 6. Dezember 1922.		Die Bundesverfassungen von 1848 und 1874 kannten nur das Initiativrecht für eine Teilrevision der Bundesverfassung. Am 5. Juli 1891 wurde das Initiativrecht nach auf eine Partialrevision ausgedehnt. Das kann nur zu dem Missbrauch führen, dass auf dem Wege der Partialrevision der Bundesverfassung Bestimmungen in dieselbe hineinkommen, die mit dem Grundgesetz eines Staates absolut nichts zu tun haben. So zum Beispiel das Schächtverbot, Art. 25 bis der Bundesverfassung vom 20. August 1893.
La Commission fédérale est priée de faire, après étude, rapport sur la question suivante: Y a-t-il lieu de prendre des mesures contre l'abus du droit d'initiative et quelle garantie leur en résulter.		Selbstverständlich sind es vorab die Landesverfassungen, die das gewisse Recht, selbstbestimmt
Co-signataires: Heber (Uri), Mahren, Rüher, Savoy, Wälgler.		
M. le Président: La présidence a été saisie d'une proposition de faire abroger les débats sur la		

■ ≈ 500 documents

Übersicht der Verhandlungen der Bundesversammlung Herbstsession 1951 (29. Tagung der 22. Legislaturperiode)	
Vom Montag den 17. September bis Mittwoch den 3. Oktober 1951	
Sitzungen der Nationalräte: 17, 18, 19, 20, (21), 21, 24, 25, 26, (27), 27, (28), 28, September, 1, 2, (3) und 3. Oktober (17 Sitzungen).	
Sitzungen der Ständeräte: 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, (25), 27, 28, September, 1, 2 und 3. Oktober (13 Sitzungen).	
Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung: 27. September.	
Kurze Übersicht	
Zeichenerklärung: Ein weiss. Zeichen = Vorschlagsentwurf für die Session. Zeichen in Klammern = bereits im Entwurfsstadium der Gesetzgebung. * = teilweise von Nationalrat, * = teilweise von Ständerat, * = teilweise von beiden. * = teilweise von beiden. * = teilweise von beiden. * = teilweise von beiden.	
1. Wahlkreis in der gestrigen Sitzung. a) Nationalrat, Wahlprüfung. b) Ständerat, Wahlprüfung für die Kantone. 2. Nationalrat, Erörterung in ständiger Kommission. 3. Ständerat, Erörterung in ständiger Kommission. 4. Bundesgericht, Wahl von zwei Bundesrichtern. 5. (1897) Gleichzeitige Staatsanwaltschaft, Initiative des Kantons Zürich. 6. (1898) Fortsetzung der Bundesanwaltschaft, Initiative des Kantons Basel-Stadt. 7. (1818) Sanierung der brennenden Privatbahnen, Initiative des Kantons Bern. 8. (1898) Entschädigung der gestrichenen Feuertage, Initiative des Kantons Ost. 9. (1898) * Volksinitiative vom 8. Juli 1951 betreffend das Volksrecht für die Gesetzgebung der öffentlichen Unternehmungen zu einem Teilung an die Kantone der Landesverfassung, Erwählung.	
Fälliges Departement	
13. (1892) * Organisation der Bundesverwaltung, Abänderung des Bundesgesetzes. 14. (1897) * Universitätsreform für höhere internationale Studien, Bundesrat. 15. (1897) * Gesundheitsreform, Abänderung mit Italien. 16. (1898) * Internationale Bank für Wiederaufbau und Förderung der Wirtschaft, Bundesrat. 17. (1898) * Internationale Erbschaften, Beitrag. 18. (1898) * Zentralstelle für Kriegsgelbes, Genf, Weltkongress, Bern, Schweiz. 19. (1898) * Internationale Billförmigkeit, Fortsetzung.	
Departement des Innern	
10. (1894) * Bundesgesetzgebung, Abänderung. 11. (1894) * Landwirtschaft, Erwählung. 12. (1897) * Wasserschutzgesetz, Erwählung. 13. (1897) * Wasserschutzgesetz für Wasserversorgung, Abänderung und Gesetzgebung. 14. (1898) * Postgesetzgebung, Abänderung und Erwählung. 15. (1898) * Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Bundesrat. 16. (1898) * Gewerkschaften, Bundesrat. 17. (1898) * Universitätsreform, Bundesrat.	
Justiz- und Polizeidepartement	
18. (1898) * Urteilsrechtliche Verfahren der Landesrat und Kant. Abänderung des Bundesgesetzes zur Verhängung der Strafen. 19. (1898) * Strafrechtliche Verfahren der Landesrat und Kant. Abänderung der Strafen. 20. (1898) * Landwirtschaftsreform. 21. (1898) * Abänderungsvorlagen, Erwählung. 22. (1898) * Finanzreform. 23. (1898) * Schulreformgesetz, Entwurf und Verfassung. 24. (1898) * Verfassung Zürich, Entwählung. 25. (1898) * Verfassung, Revision des Art. 28 der Bundesverfassung.	
Militärdepartement	
26. (1898) * Wehrpflicht, Erwählung, Entwurf und Entwurf. 27. (1898) * Landesreform.	
XXXIII — 39	

■ 1921-70, ≈ 30,000 doc.

6. Sitzung Montag den 25. Oktober 1937, um 18 Uhr. Lundi le 25 octobre 1937, à 18 h.	6a Séance
Präsident = président: Hr. Troillet.	
Mitglieder = membres: anwesend = présents: 175. abwesend = absents: 12.	
Mit Entschuldigung = excusés: HH. Burri, Daft, Fischer, Hauser, Miri, Nictlispech, Vallotton, Widmer-Winterthur.	
Ohne Entschuldigung = non excusés: HH. Rosselet, Rusca-Lacarno, Strässle, Wunderli.	
Ein Mandat ist vakant. Un siège est vacant.	
Tagesordnung	Ordre du jour
32/3560 n. Fiskalrecht. Verlängerung. (Differenzen). Programmes financiers. Prorogation (divergences).	
5/3552 * Schweizerische Filmkammer. Bundesbeschluss. Chambre suisse du cinéma. Arrêté fédéral.	
Mit Schreiben gleichen Tages kündigt der Bundesrat die vorstehende Einbringung eines neuen Geschäftes an: "Sicherstellung der Landesversorgung. Bundesgesetz."	
Auf Antrag des Präsidenten wird die Priorität für dieses Geschäft dem Nationalrat zugeteilt und die Mitgliederzahl der Kommission auf 15 festgesetzt.	
Dem Ständerat wird die Priorität zugeteilt für das Geschäft "Verfassung Aargau"; die Mitgliederzahl der nationalen Kommission wird auf 5 festgesetzt.	
An den Ständerat wegen der Priorität. An das Bureau für die Kommissionen.	